

'Initiative pro Wirtschaft Stuttgart' kommt scheinheilig daher

Im Mai 2018 berichteten wir über die von großen Unternehmen damals gegründete 'Initiative pro Wirtschaft Stuttgart'. Die wollte ein Gegengewicht zur kammerkritischen 'Kaktus-Initiative' in der IHK Region Stuttgart bilden.

Einer der Mitinitiatoren, **Heinrich Baumann**, geschäftsführender Gesellschafter des Autozulieferers Eberspächer, hatte wörtlich erklärt, man wolle „auch in der Öffentlichkeit zeigen, dass es Menschen gibt, die die Arbeit der IHK schätzen“ (vgl. Mi 10/18). Wir hatten dies zum Anlass genommen, den Gesetzgeber aufzufordern, die Pflichtmitgliedschaft in den Kammern abzuschaffen, weil es ganz offensichtlich kein gemeinsames Interesse kleiner Unternehmen mit Großkonzernen gibt. Dies zeigt sich der IHK Region Stuttgart – also ca. 64.000 Unternehmen – keinen Beitrag, weitere sechs Prozent, ca. 9.600 Unternehmen, lediglich den Grundbeitrag von 25 EUR/Jahr. Trotzdem haben alle diese Unternehmen Anspruch auf das volle Leistungsspektrum der Dienstleistungen der IHK. Von den rund 160.000 Mitgliedern der IHK Region Stuttgart generieren allein die größten 100 Unternehmen 30 Prozent des Beitragsaufkommens der Kammer.“ Im Klartext will die 'Initiative pro Wirtschaft Stuttgart' also nichts anderes, als die Unternehmen aus der Kammer zu schmeißen, die ihr einnahmeseitig nichts bringen, sie aber etwas kosten könnten. Der **Bundesverband für Freie Kammern (bfffk)**, und mit ihm die 'Kaktus-Initiative', will dagegen insgesamt die Pflichtmitgliedschaft abschaffen, damit Großunternehmen politische Entscheidungen nicht majorisieren können. Dies würde aber geradezu perfektioniert, wenn alle Kleinen aus der Kammer ausgeschlossen bleiben, damit der Rest dann als „die Wirtschaft“ gegenüber der Politik die Richtung bestimmen kann.

Verräterisch ist auch, wie die 'Initiative für die Wirtschaft' die erneut bestätigte Rechtsprechung des **Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG)** zur unzulässigen Vermögensbildung (vgl. dazu Mi 14/20) aushebeln will. Geradezu scheinheilig heißt es dazu in der Pressemitteilung: „Eine weitere Forderung der 'Initiative pro Wirtschaft Stuttgart' ist die nachhaltige Finanzierung der IHK durch angemessene Rücklagen, damit sie auch in Krisenzeiten ohne Mehrbelastung der Mitglieder voll handlungsfähig bleibt. Die aktuelle Fassung des IHK-Gesetzes kann so interpretiert werden, dass Rücklagen nur in sehr begrenztem Umfang gebildet werden dürfen. Wenn in wirtschaftlich schwierigen Zeiten – wie jetzt in der Corona-Krise – die großen Beitragszahler Umsatzeinbrüche

aktuell bei einem neuen Vorstoß der 'Initiative pro Wirtschaft Stuttgart'. Sie macht sich in ihrem Wahlprogramm für die Kammerwahl vom 6. bis 28. Juli 2020 für eine Novellierung des IHK-Gesetzes stark.



© IHK Region Stuttgart, Wilhelm Mierendorff

Die Großunternehmen fordern, kleine Unternehmen von der Pflichtmitgliedschaft zu befreien. „Dies“, so heißt es dort, „soll insbesondere für Gewerbetreibende gelten, deren Geschäft eine sehr geringe Größe aufweist, wenn dieses gerade erst gegründet wurde und wenn sie die Leistungen der IHK nicht in Anspruch nehmen.“ Das klingt erst einmal gut, ist aber reichlich perfide. Denn die Initiative rechtfertigt ihr Ansinnen so: „Bereits heute zahlen rund 40 Prozent der Mitglieder verzeichnen müssen, gehen die Gewerbesteuerzahlungen zurück. Diese aber sind Grundlage für die Bemessung der Höhe der IHK-Beiträge. Das bedeutet, da die Kammer nur noch in begrenztem Umfang Rücklagen auflösen kann, dass zwangsläufig die Beiträge für alle Mitglieder steigen werden.“

Sehen wir einmal davon ab, dass die aktuelle Rechtslage nicht nur so „interpretiert“ werden kann, wie es die Initiative suggeriert, sondern sich so aus der ständigen Rechtsprechung des BVerwG ergibt. Die 'Initiative für die Wirtschaft' lässt völlig unerwähnt, dass Beiträge ohne unzulässige Vermögensbildung durch Rücklagen zwar schwanken, der Beitrag aber nie über das hinausgeht, wofür die IHK Geld von ihren Mitgliedern zwangsweise erheben dürfen. Steigen die Beiträge, sinken sie auch wieder, wenn die einmalige Belastung vorüber ist. **Clemens Morlok** von der 'Kaktus-Initiative' kommentiert das Wahlprogramm der 'Initiative pro Wirtschaft Stuttgart' gegenüber Mi so: „'Pro Wirtschaft' stellt in ihrem Wahlprogramm Forderungen, für die sie bisher nicht eingetreten sind. Fünf Mitglieder des IHK-Präsidiums und weitere sieben Vollversammlungsglieder zählen zu den Gründern von Pro Wirtschaft. Bisher haben diese sich immer für die Zwangsmitgliedschaft ausgesprochen, waren gegen Nachhaltigkeitsthemen und haben die Wahlordnung verbockt, die sie jetzt wieder vereinfachen wollen. Sie posten unsere Themen, vergessen aber, sich dafür einzusetzen. Wir wollen die Zwangsmitgliedschaft abschaffen, weil die IHK ständig an den meisten Mitgliedern – und das sind die Kleinen und Mittleren – vorbei agiert, dabei Kosten verursacht und sich dann weigert, diese offenzulegen. Wir wollen Transparenz. Dieses Wort ist für die IHK ein Fremdwort.“